

Die schützende rot-rot-grüne Hand über dem Linksextremismus

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 29/2017

► Grüne und Linke sind nach den G20-Krawallen in Erklärungsnot

Die öffentliche Debatte über die Explosion linksextremer Gewalt während des G20-Gipfels in Hamburg hat SPD, Grüne und Linke in beträchtliche Erklärungsnot gebracht. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz (61) und Parteivize Dr. Ralf Stegner (57) flüchteten sich zeitweise in Rabulistik, wie man sie von Islamismus-Verharmlosern kennt, und behaupteten, die Gewalttäter seien gar keine wahren Linken, weil Linkssein und Gewalt einander „ausschließen“.

Vor allem bei Grünen und Linken sitzt der Reflex tief, die Verantwortung für linksextreme Gewalt grundsätzlich der Polizei zuzuschreiben - ein direkter Reflex linksextremer Ideologiemuster, für die von der staatlichen Ordnung „strukturelle Gewalt“ ausgehe, angesichts derer jede „Gegenwehr“ legitim sei.

Der ideologische Gleichklang ist kein Zufall: Die Verbindungen zwischen Grünen, Linken sowie Teilen der SPD und der linksextremistischen Szene sind vielfältig und äußern sich in kontinuierlicher politischer und finanzieller Begünstigung. Die Unionsparteien widersetzen sich dem nur halbherzig; nicht selten tragen sie die Kumpanei aus Machtopportunismus mit.

Die Hansestadt Hamburg selbst hat ihren Teil dazu beigetragen, linksextremen Gewalttätern jene Infrastruktur und Unterstützung zu verschaffen, die sie für ihr anarchistisches, kriminelles Treiben benötigten. Noch im Februar durften europäische Linksextremisten an der Universität Hamburg unbehelligt eine „Aktionskonferenz“ mit „Blockadetraining“ zur Vorbereitung auf den G20-Gipfel durchführen. Die Universitätsleitung hatte keine Einwände, die grüne Wissenschaftssenatorin Katharina Fegenbank (40, Bündnis 90/Die Grünen) schwieg.

Direkt vor dem eigentlichen G20-Gipfel fand ein „Gipfel für globale Solidarität“ statt, den der Senat der Hansestadt über die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung mit 46.000 Euro gefördert hat. Das ging schon Ende März aus einer Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft hervor.

Ein Kooperationspartner, neben Attac, den Parteistiftungen von Grünen und Linken und Gewerkschafts-Jugendorganisationen: Die militante linksextreme Organisation „Interventionistische Linke“ (IL), die auch nach den Krawallen noch als „Partner“ geführt wird.

Für den rot-grünen Senat war das kein Problem, Teilnahme bedeute keine „Beeinflussung“, hieß es abwiegeln in der Antwort an die AfD. Dabei warnt gerade der Hamburger Verfassungsschutz vor der Bündnistaktik der einflussreichen gewaltbereiten Gruppe, von der neben den „Autonomen“ und dem „Roten Aufbau“ die Hauptgefahr ausgehe.

Noch wenige Tage vor dem Gipfel hatten die hanseatischen Verfassungsschützer mit der Veröffentlichung einschlägiger Gewaltbekenntnisse von Sprechern der „Interventionistischen Linken“ oder des Szene Treffs „Rote Flora“ an deren Gewaltbereitschaft erinnert.

Dass der linksextreme Stützpunkt im vor fast 30 Jahren besetzten ehemaligen Flora-Theater im Schanzenviertel als faktisch rechtsfreier Raum immer noch besteht und bei Krawallen und Ausschreitungen regelmäßig als Logistik-Drehscheibe und Rückzugsraum dienen kann, ist der Nachgiebigkeit und Unentschlossenheit aller seitherigen Stadtregierungen zuzuschreiben, ob SPD- oder CDU-geführt.

Die Selbststilisierung des angeblichen „Stadtteilkulturzentrums“ als „autonom“ ist irreführend: Nachdem jahrelang jede anderweitige Nutzung verhindert worden war - auch die vom BKA wegen Terrorverdachts angeordneten Durchsuchungen nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2008 änderten an dieser Linie nichts -, kaufte die Stadt das Gebäude Ende 2014 aus der Insolvenzmasse des Eigentümers und überließ es den anarchistischen Besetzern.

Frappierend offenkundig wurde die schützende Hand, die Rot-Rot-Grün über die extreme Linke hält, um sie für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, bei der Abschaffung der „Extremismusklausel“ und der Einstellung des einzigen Anti-Linksextremismus-Programms durch die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (43, SPD). Ohnehin werde der Linksextremismus als Problem „aufgebauscht“ - eine Bemerkung, die der jetzigen Schweriner Ministerpräsidentin derzeit vielfach vorgehalten wird und die sie mit fadenscheinigen Ausreden zu relativieren sucht.

SPD, Grüne und Linke hatten seit Einführung der Klausel 2011 durch die seinerzeitige CDU-Ressortchefin Dr. Kristina Schröder (39) gegen die Bestimmung protestiert, die Subventionsempfängern von Anti-Extremismus-Programmen ein Bekenntnis zur Verfassung abverlangte. Schwesig löste ihr diesbezügliches Wahlversprechen sofort nach Amtsantritt Anfang 2014 ein; Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (63, CDU) stimmte Schwesigs Plan gar zu. Der Finanzierung linksextremer Strukturen aus Steuergeldern war mit diesem Rückzug endgültig Tür und Tor geöffnet.

► **Über Hundert Millionen jährlich für den Kampf „gegen Rechts“ – Linksextremisten profitieren auf unterschiedlichen Wegen von dem Geldsegen**

Mehr als Hundert Millionen Euro verteilt allein das Bundesfamilienministerium inzwischen über diverse Programme jährlich für den Kampf „gegen Rechts“. Wo der Geldsegen schließlich landet, ist kaum zu kontrollieren und nachzuvollziehen. Zu den Hauptprofiteuren dürfte dank ihrer Bündnisstrategie wiederum die „Interventionistische Linke“ (IL) gehören.

In dem „bundesweiten Bündnis“ namens „Aufstehen gegen Rassismus“ steht die IL einträchtig mit anderen linksextremen Organisationen, Gewerkschaften, Asyl- und

Soziallobby-Verbänden neben den Jugendorganisationen und Spitzen von SPD, Grünen und Linken auf der Liste der Erstunterzeichner.

Die stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Dr. Ralf Stegner (57) und Manuela Schwesig (43), Familienministerin Katarina Barley (48) und SPD-Fraktionsvize Dr. Eva Högl (48) sind ebenso dabei wie die Grünen-Fraktionschefs Katrin Göring-Eckardt (51) und Dr. Anton Hofreiter (47), die Grünen-Bundesvorsitzenden Cem Özdemir (51) und Simone Peter (51) oder die Linken-Bundeschefs Katja Kipping (39) und Bernd Riexinger (61) und ihr Bundestags-Fraktionsvorsitzender Dr. Dietmar Bartsch (59).

Die Besetzung und die explizite Stoßrichtung des Bündnisses gegen den Wahlkampf der AfD verrät, dass das rot-rot-grüne Establishment die extreme Linke bereitwillig als Fußtruppe fürs Grobe im Kampf gegen die missliebige Partei in Anspruch nimmt. Zuletzt mobilisierte „Aufstehen gegen Rassismus“ massiv gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln.

Die markigen Worte, die Spitzenpolitiker von SPD und CDU inzwischen unter öffentlichem Druck gegen den Linksextremismus finden, werden sich an den Taten messen lassen müssen. Auch der Bundesinnenminister hätte noch einiges zu erklären. Schließlich wäre es schon längst seine Zuständigkeit gewesen, nicht nur rechtsextreme Splittergruppen aufzulösen, sondern auch die „Interventionistische Linke“ und andere militante Organisationen zu terroristischen Vereinigungen zu erklären und zu verbieten.

Denn während Dr. Thomas de Maizière (63, CDU) vor anderthalb Jahren das rechte Netzportal „Altermedia“ publikumswirksam geschlossen hat, können auf dem linken Vorbild „indymedia“ nach wie vor linksextreme Gruppen ungestört Gewaltaufrufe gegen AfD Kundgebungen oder eben den G20-Gipfel lancieren und ihre Aktionen koordinieren.

Arbeit gäbe es also nicht nur für den Untersuchungsausschuss Linksextremismus, den die AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft nach den G20-Krawallen gefordert hat. Ein solcher Ausschuss im nächsten Bundestag hätte ebenfalls interessante Fragen zu stellen.